

Härtel, Hans-Hagen

Article — Digitized Version

Von Keynes zurück zu Brüning?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (1980) : Von Keynes zurück zu Brüning?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 11, pp. 524-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135494>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Hagen Härtel

Von Keynes zurück zu Brüning?

In Bonn, in den Landeshauptstädten und in den Kommunen wird derzeit mit dem Rotstift regiert. Von den wohltätigen Wirkungen der Staatsverschuldung auf die Sicherung der Arbeitsplätze ist nach der Bundestagswahl kaum noch die Rede. Dabei würde die aktuelle und absehbare Konjunktorentwicklung den Finanzpolitikern heute mehr Berechtigung als in den vergangenen drei Jahren geben, die Ausgabenzuwächse großzügig zu bemessen, um die Konjunktur zu stützen und anzuregen. Zumindest brauchte man keine Bedenken zu haben, die durch die schwache Konjunktorentwicklung bedingten Steuerausfälle durch Kredite zu ersetzen. Statt dessen tritt man zum Kampf gegen die Haushaltsdefizite an. Hat also Keynes, von dem die Rezepte einer antizyklischen Finanzpolitik stammen, vollends abgedankt, hat inzwischen Brüning wieder seinen Platz eingenommen?

Erinnern wir uns aber an die Überwindung der Rezession 1967.

Sie wird gemeinhin einer expansiven Konjunkturpolitik zugeschrieben, namentlich den beiden im Jahre 1967 in Gang gesetzten Investitionsprogrammen. Sieht man sich aber im nachhinein die Zahlen an, so stellt man fest, daß die Finanzpolitik damals keineswegs besonders expansiv war, daß die Staatsausgaben trotz der Investitionsprogramme im Jahre 1967 nach Abzug der Inflationsrate nur um 1,1 % und im Jahre 1968 um 1,4 % gestiegen sind. Auch damals wurde nämlich kräftig gespart und konsolidiert. Man kann deshalb die Überwindung der Rezession nicht ohne weiteres den Investitionsprogrammen zuschreiben. Möglicherweise hat der Vertrauensgewinn sogar eine größere Rolle gespielt, den die damalige Regierung der großen Koalition bei den Bürgern damit erzielte, daß sie durch einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen die weitverbreitete Furcht vor einer anhaltenden Finanzkrise abbaute und sich selbst für die Zukunft wieder Handlungsspielraum schuf. Im übrigen darf auch nicht der die Investitionsneigung stimulierende Einfluß der niedrigen Lohnabschlüsse und der Zinssenkungen vergessen werden.

Heißt also das Erfolgsrezept Expansion plus Konsolidierung, Keynes und Brüning Arm in Arm? Der Erfolg einer Defizitpolitik à la Keynes kann nur darauf beruhen, daß die vom Staat in Gang gesetzte Nachfrage die Absatzerwartungen und damit die Investitionsneigung der Unternehmen stabilisiert und verbessert. Die hohen Defizite dürfen also nicht dazu führen, daß die Investoren gleichzeitig entmutigt werden, weil sie als Folge der Defizite höhere Zinsen, höhere Steuern oder höhere Inflation befürchten.

Und hier liegt das Dilemma der heutigen Finanzpolitik. Der Bürger sieht die Zinsen am Kapitalmarkt steigen, und er muß zur Kenntnis nehmen, daß er für die in den letzten Jahren immer größer geworde-

nen Haushaltsdefizite nun zur Kasse gebeten wird. Es wird ihn wenig trösten, daß die für 1981 bereits beschlossenen Steuererleichterungen größer als die vorgesehenen Steuererhöhungen sind. Wie kann der Staat unter diesen Umständen noch verhindern, daß der Bürger bei einem erneuten Anstieg der Staatsdefizite nicht sogleich auch eine künftig höhere Steuer- oder Zinslast antizipiert und mit Ausgabenzurückhaltung reagiert? Diesem Teufelskreis könnte der Staat entrinnen, wenn er mit dem Deficit-Spending zugleich verbindliche Streichungen auf der Ausgabenseite vornimmt, die zwar nicht den Haushalt des kommenden Jahres entlasten müssen, die es den Bürgern aber glaubhaft machen, daß die Defizite künftig bei besserer Konjunkturlage wieder abnehmen. Je weniger sich der Staat dazu in der Lage wähnt, desto mehr muß er davon ausgehen, daß expansive fiskalische Maßnahmen wirkungslos bleiben und nur seine künftigen Budgets vorbelasten.

Es hatte den Anschein, daß die verantwortlichen Politiker dies genauso sahen. Sie haben aber – von Ausnahmen abgesehen – die Chance für eine markante Weichenstellung nicht genutzt. Statt durch verbindliche Entscheidungen offenzulegen, welche staatlichen Aufgaben künftig hohe und welche keine Priorität haben werden, wird unter dem Zwang der leeren Kassen dort gespart und dort nach Einnahmen gesucht, wo sich der geringste Widerstand regt. Die Politiker verzichten darauf, den – ohnehin nur noch bescheidenen – Spielraum für eine kurzfristig orientierte Beschäftigungspolitik zu nutzen, und sie nehmen dabei in Kauf, daß hauptsächlich solche staatlichen Aufgaben auf der Strecke bleiben, die nicht von mächtigen Gruppen als Besitzstand verteidigt werden, die aber für Wachstum und Beschäftigung möglicherweise dringlicher sind.